

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Einzelgenuss 14 Pf., die 20 mm breite mm-Zeile im Tagblatt 1,10 RM. Nachst. nach Bedarf D. Anzeigenpreisliste Nr. 1. Briefgebühren für Druckauftrag 30 Pf. auschl. Porto. Für Einrückung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Poststellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Trägerlohn monatlich. (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Dresd. 15 Pf.

Druckerei: Dresden-A. 1. Postfach • Fernruf: Ortsvertrieb Sammelnummer 24601, Fernvertrieb 14194, 20024, 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Victoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einlieferungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entsprechenden Zeitraums

Nr. 62 43. Jahrgang

Mit der Beilage „Junge Kolonnen“

Mittwoch, 20. März 1935

Der Wortlaut der englischen Note

Simons und Edens Besuch findet programmäßig statt - Weiterhin lebhaftes Auslandsecho der deutschen Maßnahmen

Londons Stellungnahme

Ein Protest und eine Frage

DNB, Berlin, 19. März

Die Note, die der englische Botschafter am Montag dem Reichsaussenminister Dr. Brüning überreichte, hat folgenden Wortlaut:

I
Ich beehre mich, Ihnen im Auftrag des Königlich Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten mitzuteilen, daß sich die Königlich Britische Regierung gegen die von ihr am 16. März verkündete Entscheidung zu verhalten, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und den Friedensabkommen des Deutschen Vertrages auf 36 Divisionen zu erhöhen. Nach der Bekanntgabe einer deutschen Zustimmung ist eine solche Erklärung ein weiteres Beispiel für eine einseitige Aktion, die, ganz abgesehen von der grundsätzlichen Seite der Sache, unannehmlich ist, die Ursache in Europa in erster Linie zu erhöhen. Der Vorschlag einer englisch-deutschen Zusammenkunft, die in einer Woche stattfinden sollte, ergab sich aus dem Inhalt des englisch-französischen Communiqués vom 3. Februar und der deutschen Antwort vom 14. Februar, die durch weitere Besprechungen zwischen der Königlich Britischen Regierung und der deutschen Regierung ergänzt worden sind. Die Königlich Britische Regierung hält es für notwendig, auf den Inhalt dieses Communiqués besonders hinzuweisen.

II
Das Londoner Communiqué vom 3. Februar stellt eindeutig fest, daß vertraglich begrenzte Maßnahmen nicht durch einseitige Aktionen abgeändert werden können, erklärte aber andererseits, daß die britische und französische Regierung zu einer allgemeinen Wahrung der Neutralität seien, über die zwischen Deutschland und den anderen Mächten frei verhandelt werden sollte.

Diese allgemeine Regelung sollte über die Organisation der Sicherheit in Europa nach den in dem Communiqué angegebenen Richtlinien Bestimmung treffen und gleichzeitig die Bestimmungen der Bestimmungen des Teiles V des Versailler Vertrages erfüllen lassen.

Das Communiqué führte weiter an, es sei als Teil der im Jahre 1919 geschlossenen allgemeinen Regelung anzusehen, daß Deutschland seine aktive Mitwirkung im Völkerrecht wieder aufnehmen und verstärkte schließlich den Inhalt eines Vorkontraktes zwischen den Vorkontrahenten, der als Verhandlungsmittel gegen Angriffe wirken und Sicherheit vor späteren Verstößen gewährleisten sollte.

III
Die Antwort der deutschen Regierung zehn Tage später begründete den Geist französisch-britischen Vertrauens, den das englisch-französische Communiqué zum Ausdruck brachte und stellte in Aussicht, daß die deutsche Regierung in dem ersten Teil des Londoner Communiqués enthaltenen Fragen einer eingehenden Prüfung unterziehen werde. Sie bemerkte ferner:

„daß der in dem Communiqué zum Ausdruck gebrachte Geist freier Verhandlungen zwischen souveränen Staaten allein zu dauerhaften internationalen Regelungen auf dem Gebiete der Rüstungen führen könne.“

Im Besonderen begründete sie den Vorschlag über einen Vorkontrakt. Die deutsche Regierung erwiderte mit der Erklärung, daß die deutsche Regierung es vorzuziehen habe, die vorgelegenen Verhandlungen für erwünscht halte, in besonderen Besprechungen mit den in Frage kommenden Regierungen eine Anzahl von grundsätzlichen Vorkontrakten zu klären. Zu diesem Zweck lud sie die Königlich Britische Regierung ein, mit der deutschen Regierung in einem unmittelbaren Gedankenaustausch einzutreten.

IV
Da die Königlich Britische Regierung sich vergewissern wollte, daß hinsichtlich des Umfangs und des Zweckes der vorgelegenen englisch-deutschen Unterhaltung kein Mißverständnis bestände, richtete sie am 21. Februar an die deutsche Regierung eine weitere Anfrage, auf die diese am folgenden Tage antwortete. Das Ergebnis war eine endgültige Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen, daß

der Zweck der beabsichtigten Zusammenkunft sein sollte, die Unterhaltung über alle in dem englisch-französischen Communiqué behandelten Fragen ein Stück weiterzuführen. Auf dieser Basis hat sich die

Paris ist schwer verstimmt

Strenge Kritik an dem selbständigen Vorgehen Englands - Laval bei der Ausarbeitung einer französischen Note

Telegramm unseres Korrespondenten

II. Paris, 19. März

Wie der Quai d'Orsay halbamtlich mitteilt, ist der französische Außenminister Laval anlässlich der Beschlüsse, eine Note an die Reichsregierung auszuarbeiten, die morgen im Ministerrat geprüft und genehmigt und dann sofort dem französischen Botschafter in Berlin übergeben werden soll. Ausweislich hat man sich in Paris zu einem selbständigen Schritt entschlossen, da die Haltung Londons die Hoffnung auf ein gemeinsames englisch-französisches Vorgehen zerstört hat. Die Aktion von der englischen Regierung an Deutschland gerichtete Note wird in Paris als schärfste Feindschaft. Man veranlaßt es vor allem, daß die Engländer diese Note schon nachmittags in Berlin übergeben, während sie der französischen Regierung erst am Abend bekanntgemacht ist. Man sagt man in Paris, nachdem alle Deutschland die Welt vor „vollendete Tatsachen“ stellt habe, habe man auch England die französische und italienische Regierung vor eine ähnliche „vollendete Tatsache“ gestellt.

Der „Pelt Parisien“ drückt seine Kritik an der englischen Note in verhältnismäßig höflichen Worten aus. Er will es doch noch für diplomatische Taktik ansehen, daß die englische Regierung nicht allzusehr ihren Protest gegen den Schritt Deutschlands betont habe, er erklärt aber gleich dazu, daß die französische Regierung nicht den geringsten Grund habe, die englische Haltung zu teilen. Die französische Regierung könne sich nicht mit einem schändlichen Protest begnügen.

Das „Journal“ betont, daß der „schwache englische Protest“ nichts anderes sei als eine direkte Einladung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen an Deutschland. Natürlich habe Deutschland sofort zugestimmt. Die deutsch-englischen Verhandlungen begünstigen unter Bedingungen, die nicht dem französisch-englischen Übereinkommen vom 3. Februar widersprechen. Vertinax spricht im „Echo de Paris“ von einer „harten Kapitulation Englands“ vor Deutschland, eine Haltung, die man in Frankreich wirklich nicht habe erwarten können.

Königlich Britische Regierung darauf vorbereitet, den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Besuch in Berlin auszuführen.

V
Was ins Auge gefaßt war, war also „eine allgemeine frei zwischen Deutschland und den anderen Mächten anzukündigende Regelung“ und „Verhandlungen über Rüstungen, die für Deutschland die Bestimmungen von Teil V des Versailler Vertrages erfüllen sollten“.

Dies ist nicht das Ziel der Politik der Königlich Britischen Regierung gewesen, und auf die Erreichung dieses Ziels hat diese alle ihre Bemühungen in Genf und London gerichtet;

aber das Zustandekommen einer umfassenden Einigung, die auf Grund allgemeiner Übereinstimmung an die Stelle der Vertragsbestimmungen treten soll, kann nicht erreicht werden, wenn man jetzt als eine bereits getroffene Entscheidung der Personalstärke bekannt gibt, die alle selber in Vorschlag gebrachten erheblich überschreiten - über die Stärken, die, falls sie unverändert aufrechterhalten werden, die Einigung mit anderen ebenfalls stark beteiligten Mächten schwieriger, wenn nicht unmöglich machen müssen.

VI
Die Königlich Britische Regierung wünscht keineswegs die durch den vorbereiteten Besuch etwa geschaffene Gelegenheit, ein allgemeines Einverständnis zu fördern, ungenutzt vorbeigehen zu lassen. Aber unter den neu geschaffenen Umständen fällt es vor der Ausführung dieses Besuches für nötig, die deutsche Regierung auf die obigen Gesichtspunkte aufmerksam zu machen. Sie wünscht darüber Gewißheit zu haben, daß der deutschen Regierung das Zustandekommen des Besuches mit dem Umfang und Ziel des Unterzuges

Praktisch beide nunmehr aber auch nicht das geringste mehr von der französisch-englischen Einigung vom 3. Februar übrig. Man möchte sich nun auf die schlimmsten Kompromissvorwürfe setzen lassen, da Sir John Simon doch über nicht mit leeren Händen aus Berlin zurückkommen wolle. Weiter protestiert Vertinax dann auch gegen eine Erklärung des Vordirektors Edens im englischen Unterhaus, daß England niemals der französischen Regierung das Versprechen gegeben habe, den Vorkontrakt ohne Deutschland abzuschließen. Der „Deuxieme“ folgt darüber, daß die englische Regierung die Bildung einer

Einigkeit zwischen England, Frankreich und Italien vollkommen unmöglich

machte. D'Ormesson erinnert im „Figaro“ an die Worte Sir Austen Chamberlains, daß die Verantwortung für einen solchen neuen zufälligen Schritt an den Vorkontrahenten aufgetragen werden könnten, und sagt hinzu, die englische Regierung müsse sich darauf gefaßt machen, daß diese traurige Gelegenheit spätestens im Juli 1936 kommen (!) werde, und zwar natürlich wieder an einem Sonntag. Es geht auch noch nicht an schlagenden Vorher Stimmen. Er erklärt der Oberst Rieffel, jetzt seien „den Angehörigen Deutschlands“ die Hände gewaschen. So geht nur noch eine Antwort: „Ihm zu zeigen, daß unsere Antwort ebenso geschäftig und ebenso fest sind wie die seinigen, um ihm auf diese Weise die Luft zu nehmen, sich ihrer zu bedienen.“ Aber man hört doch auch

einige vernünftige Stimmen:

Beispielsweise liest man in der Abendzeitung „La Presse“: Die Annäherung der Völker kann nur im Gleichgewicht der Kräfte, in dem gerechten Verhältnis der Pflichten und der Rechte eines jeden erfolgen.“ Sauerwein meint im „Paris Echo“, Deutschland wolle seinen Platz unter den Nationen wieder einnehmen, und lächelt: „Die Schnelligkeit der Entscheidungen und die Klarheit der Haltung, die die großen Mächte jetzt Deutschland gegenüber einnehmen werden, sind entscheidende Faktoren, denn man hat bisher zu jeder Zeit nur immer alle Gelegenheiten, um sich mit Deutschland zu verständigen, verläumt.“

lung, wie früher verabredet, so wie es oben in Absatz IV ausgeführt ist, noch erwünscht.

Dieser teilt DNB mit:

Man wird nicht schlagend in der Annahme, daß der Reichsaussenminister gegenüber den Einwänden der englischen Regierung zu dem Geheiß vom 16. März dieses Jahres die abweichende Stellungnahme der Reichsregierung geltend gemacht hat. Deutschland ist bekanntlich nicht bereit, zuzugestehen, daß der Teil V des Versailler Vertrages, der auch das Abrüstungsversprechen der anderen Mächte enthält, einseitig von Deutschland verletzt worden sei. Selbst nachdem die Internationaler Kontrollkommission die völlige Entwaffnung Deutschlands festgestellt und Deutschland verlassen hatte, haben hierauf die anderen Mächte nicht die notwendigen Folgerungen gezogen, alsbald selbst zu Abrüstungsmaßnahmen zu schreiten. Sie sind mit dieser ihrer Verpflichtung nicht nur selbst seit Jahren in Verzug geblieben, sie haben vielmehr fortgefahren, ihre Rüstungen zu vermehren und zu vervollkommen. Dies läßt letzten Endes auf eine Verletzung der Grundlagen des Teiles V des Versailler Vertrages durch die Verfasser selbst hinaus. Die Maßnahme vom 16. März schafft daher erst die rechte Grundlage, auf der die kommenden Besprechungen, frei von den bisher auf Grund der deutschen Diskriminierung bestehenden Belastungen und Hemmnissen unter voller Berücksichtigung der Sicherheit aller zu einem Erfolg führen können.

Das erste Ergebnis

Während das deutsche Volk noch wie vor im Hochgefühl der Freude über die verwirklichte deutsche Gleichberechtigung steht und zwischen einer Reihe von Regierungen europäischer Staaten der Traht lockt, hat die englische Regierung in Berlin ihre Note überreicht, die das politische Ereignis des Montags war. Ähnlich wurde darüber mitgeteilt:

„Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat den Reichsaussenminister des Auswärtigen anlässlich und ihm die Note überreicht, in der die Einwände der englischen Regierung gegenüber dem Reichsaussenminister über den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März enthalten sind.“

Am Schluß dieser Note ist die Frage wiederholt, ob die Reichsregierung bereit sei, anlässlich des Besuchs von Sir John Simon in Berlin die im Londoner Communiqué vom 3. Februar enthaltenen Punkte zu erörtern. Der Reichsaussenminister hat diese Anfrage in bejahendem Sinne beantwortet.“

Zunächst ist auch der Wortlaut der Note bekannt gegeben worden. Der beabsichtigte DNB-Dokumentar enthält das, was im Augenblick dazu zu sagen ist. Der Inhalt als wichtiges und erstes Ergebnis vorläufig festzustellen, daß die englische Regierung die deutsche Note im Hinblick auf die vorgelegenen Punkte. Es liegt fest, daß der englische Außenminister Sir John Simon am 21. März nach Berlin fährt, wo die Besprechungen am 23. März eröffnet werden.

Die englische Initiative führt für die Leute im Ausland, die sich „keinen Rat wachen“ in der Frage der englischen Ministerreise, die Frage. Für die deutsche Öffentlichkeit ist das belanglose Ereignis des Montags gar nicht überraschend, sondern auf Grund der Tatsache, daß der Führer seit Jahr und Tag die Bereitschaft Deutschlands zur Mitwirkung an Aufbau eines europäischen Friedenssystems betont - das gleichwohl auch eben noch in der Proklamations - ganz selbstverständlich. Neu ist lediglich, daß das Deutsche Reich inzwischen seine Gleichberechtigung von sich aus erklärt hat, nachdem die anderen Mächte es nicht bis zu diesem Punkte brachten. Hätten diese Mächte härter die ihr angedeutete Festhaltung des Führers und Reichsaussenministers beachtet, daß die deutsche Gleichberechtigung keine Angelegenheit eines internationalen Rüstungsabbaus ist, dann würden jetzt bei ihnen hinter den Kulissen keine Beratungen mehr nötig sein. Genau gesehen, sind solche Aufstellungen aber auch jetzt nicht notwendig, weil in Deutschland den Mächten mittlerweile der Entschluß durch das eigene Vorgehen abgenommen hat, und weil es sich überdies um Unterhaltungen post festum handelt.

Die englische Regierung legt nunmehr auf der bekannten Linie ihre Arbeit zur Verwirklichung des im Londoner Communiqué umrissenen europäischen Friedenswertes fort. Ihre Stellungnahme zu den Anregungen und Vorschlägen dieses Communiqués hat sich nicht geändert, im einzelnen wird darüber gelegentlich der Berliner Besprechungen nachmals zu reden sein. Angesichts des erstlich einseitig für alle Mächte zum Ausdruck kommenden englischen Interesses an der Weiterarbeit darf man wohl nicht ohne Berechtigung den Wunsch, ja die Hoffnung äußern, daß die Berliner Konferenz positiven Gewinn für das europäische Friedenswerk haben wird. Gerade als gleichberechtigte Mächte sind wir in der Lage, den europäischen Erfordernissen gerecht zu werden, denn die Gleichberechtigung bedeutet für Deutschland nicht nur eine Aufgabe an sich selbst, sondern zugleich eine Verpflichtung gegenüber der Völkergemeinschaft. Deshalb auch sind die nach der amtlichen Meldung in der englischen Note enthaltenen Einwände zum Geheiß über den Aufbau der Wehrmacht von vornherein hinfällig.

Für Deutschland ist die Entscheidung des 16. März durch die Proklamations der Reichsregierung ausführlich und überzeugend begründet. Weil aber dranhin, jenseits unserer Grenzen, besonders in Frankreich, aus durchsichtigen Motiven die Dinge verdröht und verwirrt werden, ist es zu begründen, daß von der Seite der historischen Vorgänge über die Proklamations hinaus noch einmal erläutert und in seiner Bedeutung gekennzeichnet wird. Der Führer hat in seinen Antworten auf die Fragen der englischen Journalisten Ward Price von vornherein einigen Mißverständnissen vorgebeugt, für die zwar der deutsche Schritt nicht im geringsten Anlaß gibt, die aber durch die Tätigkeit